

4. Beiblatt

Beiblatt zur Parlamentskorrespondenz

4. Feber 1959

359/J

A n f r a g e

der Abgeordneten E x l e r, Z i n g l e r und Genossen  
an die Bundesregierung,  
betreffend die Vergebung von Aufträgen der verstaatlichten Industrie an  
das Ausland.

-.-.-.-

Die unterzeichneten Abgeordneten haben durch eine Resolution des Arbeiterbetriebsrates der Elin-Werke in Weiz erfahren, dass äusserst wertvolle Aufträge der verstaatlichten Industrie, die von der österreichischen Elektroindustrie hätten erfüllt werden können, an das Ausland vergeben wurden. Es werden dabei die folgenden Geschäftsfälle aufgezählt:

- 1.) Alpine Donawitz (vergeben an Amerika)
- 2.) Erdgaskraftwerk Korneuburg (vergeben an die Schweiz)
- 3.) Wasserkraftwerk Schärding (vergeben an Deutschland)

Diese Auftragsvergaben an das Ausland wirken sich nicht nur für die Beschäftigung in der österreichischen Elektroindustrie, sondern auch auf die Beschäftigungslage bei den Unterlieferanten aus, da erfahrungsgemäss ein Beschäftigter in der Elektroindustrie weiteren zwei bis drei Arbeitern der Unterlieferanten Arbeit gibt.

Die Qualitätsarbeit und die Kapazität der österreichischen Elektroindustrie ist bekannt genug, um hier nicht erläutert werden zu müssen. Es kann daher keine Rede davon sein, dass die österreichische Elektroindustrie nicht in der Lage gewesen wäre, alle Aufträge zu erfüllen, die an das Ausland vergeben wurden.

Die unterzeichneten Abgeordneten richten daher an die Bundesregierung in ihrer Eigenschaft als Aufsichtsrat der Industrie- und Bergbau-Verwaltung die nachstehende

A n f r a g e :

Ist die Bundesregierung bereit, dafür zu sorgen, dass Aufträge der verstaatlichten Industrie, soweit sie von der österreichischen Elektroindustrie erfüllt werden können, nicht an das Ausland vergeben werden ?

-.-.-.-